

**Stellungnahmen der Ausschüsse zur Sitzung des Hauptausschusses am  
18. August 2021**

**TOP:**

- |            |                    |  |                       |  |
|------------|--------------------|--|-----------------------|--|
| <b>4.1</b> | <b>21/SVV/0049</b> | Städtepartnerschaft<br>mit Tallin, Estland | "Digitalisierung"     | <u>Ausschuss für Partizipation,<br/>Transparenz und Digitalisierung</u><br><b>abgelehnt</b>  |
| <b>4.2</b> | <b>21/SVV/0305</b> | Digitaler<br>Potsdam                       | Geschenkgutschein für | <u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau-<br/>en, Wirtschaft und Entwicklung des<br/>ländlichen Raumes</u><br><b>zurückgestellt</b> bis 14.09.21   |
| <b>4.3</b> | <b>21/SVV/0344</b> | Kommunales Carsharing                      |                       | <u>Ausschuss für Klima, Umwelt und<br/>Mobilität - gemäß Selbstbefassung</u><br>Zustimmung 6:1:1 zum<br>Änderungsantrag der Fraktion DIE<br>LINKE vom 21.05.21 mit kleinen<br><b>redaktionellen</b> Änderungen, wie folgt: |

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie mit den (Elektro-)Autos des kommunalen Fuhrparkservice ~~den Potsdamerinnen und Potsdamern~~ ein **geeignetes kommunales stationsbasiertes** Carsharing-Angebot für **Beschäftigte der LHP und der kommunalen Betriebe** zur Verfügung gestellt werden kann.

**Unter Einbindung relevanter Akteure sind die dafür notwendigen Rahmenbedingungen, v.a. die organisatorischen, technischen, **finanziellen** und versicherungsrechtlichen Rahmenbedingungen, Herausforderungen und Möglichkeiten **sind** darzustellen.**

**Ebenfalls **sollen** Finanzierungsmöglichkeiten über Fördergelder mit dargestellt werden.**

Das Prüfergebnis wird den Stadtverordneten im ~~September~~ **November** vorgelegt.

Ausschuss für Finanzen  
Zustimmung 8:1:0 zum  
Änderungsantrag der Fraktion DIE  
LINKE vom 21.05.21

- |            |                    |  |         |  |
|------------|--------------------|--|---------|--|
| <b>4.4</b> | <b>21/SVV/0470</b> | Stadtentwicklungskonzept<br>2030 (STEK-G 2030) | Gewerbe | <u>Ortsbeirat Grube</u><br>zur Kenntnis<br><br><u>Ortsbeirat Marquardt</u><br>zur Kenntnis<br><br><u>Ortsbeirat Fahrland</u><br>einstimmige Zustimmung<br><br><u>Ortsbeirat Golm</u><br>Zustimmung 6:0:1 |
|------------|--------------------|--|---------|--|

Ortsbeirat Neu-Fahrland  
zur Kenntnis

Ortsbeirat Uetz-Paaren  
zur Kenntnis

Ortsbeirat Eiche  
einstimmige Zustimmung

Ortsbeirat Groß Glienicke  
Zustimmung 3:0:2

Ortsbeirat Satzkorn  
einstimmige Zustimmung zu  
folgenden Änderungen im STEK  
Gewerbe Potsdam 2030 – Endbericht:

**Seite 7ff:** Aufgrund der drohenden Zerschneidung der Landschaft und der Störung des Freiraumverbunds Satzkornscher Graben soll die Potentialfläche im nördlichen Bereich des Friedrichsparks gegenüber älteren Planungen aufgegeben werden. Der FNP muss entsprechend angepasst werden. Stattdessen soll die gewerbliche Entwicklung im südlichen Schwerpunktbereich des Friedrichsparks (wie auf Seite 113 dargestellt) stattfinden.

**Seite 89:** „Sicherung von Vorhaltestandorten für großflächig gewerblich-industrielle Nutzungen, bspw. für langfristige Verlagerungen“ > diesen Punkt streichen. Begründung: Aufgrund der städtischen Struktur mit Schutz des Wohnumfeldes einerseits und der ländlich-naturräumlichen Struktur mit Erholungsfunktion in den Ortsteilen ist eine mögliche Ansiedlung von großflächig gewerblich-industriellen Betrieben in Potsdam nicht angezeigt.

**Seite 102:** Der Abschnitt über den „gewerblichen-industriellen Vorsorgestandort Potsdam Nord“ muss auf Aktualität überprüft und entsprechend angepasst werden. Begründung: Die Verwaltung lehnt nach Prüfung diesen Vorsorgestandort ab.

**Seite 151:** „Für die Standortkategorie „Höherwertiges Gewerbegebiet/Gewerbepark“ wurden als größere Schwerpunktpotenziale Flächen im Friedrichspark und an der Michendorfer Chaussee (SAGO, Teilfläche) sowie geplante Gewerbebestände in Krampnitz sowie in Bornstedt (Am Raubfang) zugeordnet.

Das Flächenangebot kann den erwarteten Flächenbedarf für diesen Standorttyp nicht vollständig abdecken. Die Flächenpotenziale insbesondere an den Standorten SAGO und Friedrichspark sind deshalb primär für diesen Standorttyp zu sichern und zu entwickeln. Um das Angebot bedarfsgerecht zu erweitern, sollten aktive Maßnahmen zur Überwindung von Aktivierungshemmnissen, sowie die Nutzung von Flächenreserven der Standorttypen „einfaches Gewerbegebiet/Logistikstandort“, des Standorttyps „Profil“ sowie von Flächen in Mischgebieten und Urbanen Gebieten geprüft werden.“

Der Ortsbeirat Satzkorn befürwortet das Ansinnen dem Friedrichspark den Standorttyp „Höherwertiges Gewerbegebiet/Gewerbepark“ zuzuordnen, um das GE attraktiv für kleinteilige Gewerbeeinheiten zu machen. Von dem Konzept eines großflächigen Gewerbe- und Logistikstandorts im Friedrichspark sollte Abstand genommen werden.

**Der Ortsbeirat spricht darüber hinaus folgende allgemeine Empfehlungen aus:**

Bedarfsanalyse aufgrund der langfristigen Auswirkungen der Corona-Pandemie z.B. im Hinblick auf Arbeitsplätze und Wirtschaftsgruppe „Nicht zentrenschädlicher Einzelhandel, KfZ-Handel“ neu erstellen lassen.

Mit seinen Schlössern und Gärten im UNESCO-Weltkulturerbe, der historischen Kulturlandschaft und den Havelseen ist Potsdam eine Stadt des Tourismus. Der Trend zum Urlaub im eigenen Land hat sich weiter verstärkt. Dieser Wirtschaftsfaktor und das entsprechende Potential im Gastgewerbe und naturnahem Tourismus werden im STEK-Gewerbe gänzlich außeracht gelassen. Der Ortsbeirat Satz Korn empfiehlt die Benennung eines zusätzlichen Profilbereichs „Tourismus“, die Analyse des entsprechenden Flächenbedarfs und konkrete Zielstellungen für diesen Profilbereich.

			<u>Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes</u> einstimmige Zustimmung einschließlich Berücksichtigung des Votums aus dem Ortsbeirat Satz Korn – ohne die abschließenden allgemeinen Empfehlungen
4.5	21/SVV/0485	Weichenstellung für den Pride Month 2022	<u>Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität</u> zur Kenntnis genommen, da thematisch für nicht zuständig erklärt
4.6	21/SVV/0593	Transparenzsetzung Open-Government-Data	<u>Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung</u> Zustimmung mit folgender Ergänzung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Satzung für Transparenz und Informationsfreiheit der Landeshauptstadt Potsdam (Open-Government-Data) gemäß Anlage.

**Es wird eine Evaluation zwei Jahre nach Inkrafttreten der Transparenzsetzung empfohlen.**